

Krise und Transformation: Die Dekolonisation Frankreichs und Großbritanniens und der Wandel der transatlantischen Konstellation¹

1. Einleitung: Dekolonisationserfahrungen und die Kategorie der historischen Krise

„Echte Krisen“, so der Schweizer Historiker Jacob Burckhardt in seinen Vorlesungen *Über das Studium der Geschichte*, seien selten. So sei nicht der Untergang des Römischen Imperiums selbst eine „wahre Crisis“ gewesen, sondern erst die ihm folgende Völkerwanderung mit der von ihr ausgehenden umfassenden ethnischen Vermischung.² Burckhardt lieferte mit seiner welthistorischen Synopse zugleich eine Pathologie der Krise als historischer Erscheinung. Sie stellte bei ihm einerseits ein dauerndes Potential der Geschichte dar, andererseits berge sie zahllose Momente der Überraschung, durch die sich historische Krisen jeder vorschnellen Typologisierung entzögen. Wie lässt sich der Burckhardt'sche Krisenbegriff auf die europäischen Erfahrungen mit dem Prozess der Dekolonisation nach 1945 anwenden?³ Vor allem zwei Elemente der Krisenpatho-

¹ Diesem Beitrag liegt der Kolloquiumsvortrag „Krise und Transformation – Der Dekolonisationsprozeß in Frankreich und Großbritannien nach 1945 im Vergleich“ zugrunde, den ich im Rahmen meines Habilitationsverfahrens an der Philosophischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg am 7. Juli 2004 gehalten habe. Für die Publikation wurde der Vortrag thematisch erweitert.

² J. Burckhardt, *Studium der Geschichte*. Der Text der „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ auf Grund der Vorarbeiten von E. Ziegler hg. von P. Ganz, München 1982, S. 342–76, hier: S. 348f.

³ Vgl. R. von Albertini, *Dekolonisation*. Die Diskussion über Verwaltung und Zukunft der Kolonien 1919–1960, Köln 1966; W. J. Mommsen (Hrsg.), *Das Ende der Kolonialreiche*. Dekolonisation und die Politik der Großmächte, Frankfurt a. M. 1990; M. Michel, *Décolonisations et émergence du tiers monde*, Paris 1993; J. P. D. Dunbabin, *International Relations Since 1945*, Bd. 2: *The Post-Imperial Age*, London 1994; J. Darwin, *Africa and World Politics since 1945: Theories of Decolonization*, in: N. Woods (Hrsg.), *Explaining International Relations since 1945*, Oxford 1996, S. 199–217; W. Reinhard, *Dekolonisation*, in: D. Nohlen (Hrsg.), *Lexikon der Politik*, Bd. 4: *Die östlichen und südlichen Länder*, Frankfurt a. M. 1997, S. 111–18, sowie M. E. Chamberlain, *Decolonization: The Fall of the European Empires*, 2. Aufl. Oxford 1999.

logie erscheinen in diesem thematischen Kontext von Bedeutung: Zu den entscheidenden Kennzeichen der historischen Krise gehörte für Burckhardt erstens, der Faktor der Beschleunigung: „*Der Weltproceß geräth plötzlich in furchtbare Schnelligkeit; Entwicklungen die sonst Jahrhunderte brauchen, scheinen in Monaten und Wochen wie flüchtige Phantome vorüberzugehen und damit erledigt zu sein*“.⁴ Zweitens entwickelte Burckhardt aus der Anschauung der Vielschichtigkeit historischer Prozesse einen transpersonalen Krisenbegriff, der auf die Überschneidung langfristiger Prozesse und kurzfristiger Krisenanlässe verwies und die stets mögliche Überlagerung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren thematisierte. Beiden Determinanten des Krisenbegriffs soll in dem folgenden Beitrag nachgegangen werden, der sich den französischen und britischen Dekolonisationserfahrungen nach 1945 widmet.⁵

Nicht zu übersehen sind für den Dekolonisationsprozess nach 1945 die enormen Unterschiede zwischen Frankreich und Großbritannien.⁶ Auf den ersten Blick gelang letzterem mit der *transfer of power* in Indien 1947 eine scheinbar unblutige Transition ohne krisenhafte oder nachhaltig destabilisierende Auswirkungen auf die britische Gesellschaft und die innenpolitische Ordnung nach 1945, während sich im Blick auf Frankreich die desaströsen Erfahrungen in Indochina und Algerien aufdrängen. Besonders verdichtet sich dieser Eindruck beim Blick auf die Niederlage der französischen Kolonialtruppen in offener Feldschlacht in Dien Bien Phu

⁴ Burckhardt, Studium (Anm. 2), S. 349.

⁵ Vgl. zu Großbritannien J. Darwin, *British Decolonization since 1945: A Pattern or a Puzzle?*, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 12/2 (1984), S. 187-209; Ders., *Britain and Decolonisation. The Retreat from Empire in the post-War World*, New York 1988; Ders., *The End of the British Empire. The Historical Debate*, Oxford 1991; F. Ansperger, *Erbe des Empire. Bedeutungswandel des Commonwealth*, in: H. Kastendiek/K. Rohe/A. Volle (Hrsg.), *Länderbericht Großbritannien*, Bonn 1994, S. 336-48; R. Holland, *The End of Empire and British Political Culture*, in: A. M. Birke/M.-Brechtken/A. Searle (Hrsg.), *Anglo-German Dialogue. The Munich Lectures on the History of International Relations*, München 2000, S. 217-29; vgl. zu Frankreich C.-R. Ageron, *La Décolonisation Française*, Paris 1991; F. von Krosigk, *Frankreich: Koloniale Tradition und postkoloniale Transformation*, in: M. Christadler/H. Utterwedde (Hrsg.), *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Opladen 1999, S. 484-500; R. Höhne, *Die Auflösung des französischen Kolonialreichs 1946-1962*, in: R. Lorenz (Hrsg.), *Das Verdämmern der Macht. Vom Untergang großer Reiche*, Frankfurt a. M. 2000, S. 205-35.

⁶ Vgl. H. Grimal, *Decolonization: The British, French, Dutch and Belgian Empire, 1919-1963*, 1980; M. Kahler, *Decolonization in Britain and France: The Domestic Consequences of International Relations*, Princeton 1984, sowie R. F. Holland, *European Decolonization, 1918-1981. An Introductory Survey*, New York 1985.

gegen die nordvietnamesischen Truppen 1954 und auf die Konflikte in Algerien, die 1958 zur Paralyse der Vierten Republik und zur Machtübertragung an Charles de Gaulle im Zeichen einer politischen Fundamentalkrise führten.⁷ Die folgenden Überlegungen fragen vor dem Hintergrund dieser je besonderen Prozesse und ihrer Konsequenzen in einem systematischen Vergleich nach historischen Determinanten, die zur Erklärung der Unterschiede herangezogen werden können. Dazu werden im Folgenden vier Themenkomplexe behandelt, die für die Bestimmung des Dekolonisationsprozesses von besonderer Bedeutung scheinen und in ihren Zusammenhängen von der Forschung bisher zu wenig wahrgenommen worden sind. Erstens geht es vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen beider Länder nach dem Einschnitt des Zweiten Weltkriegs um die je besondere Beziehung zwischen den Metropolen und den Empires, die kolonialen Konzeptionen und daraus folgend um die historische und politische Bedeutung der Kolonien für beide Länder. Zweitens wird der endogene Bereich der politischen Entscheidungsprozesse in den Metropolen thematisiert, wobei die für sie symptomatische Frage der Rolle der politischen Parteien näher untersucht wird. Im Vordergrund steht nicht die Rekonstruktion einer Detailgeschichte von Entwicklungsprozessen, sondern die analytische Konturierung längerfristiger Rahmenbedingungen und mittelfristiger Handlungsfaktoren. Schließlich wird in einem dritten Teil nach der Rolle der Vereinigten Staaten und dem Wandel der transatlantischen Konstellation gefragt, für den der Dekolonisationsprozess entscheidende Bedeutung hatte. Stehen die ersten zwei Analyseebenen im Zeichen des kontrastierenden Vergleichs zwischen Frankreich und Großbritannien, soll es hier zumindest ansatzweise um die Perspektive von Transfer und Verflechtung gehen. Ausgangspunkt ist dabei die nach 1945 grundlegend veränderte Konstellation, die von der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Rolle der Vereinigten Staaten in Europa und den Zonen der Dekolonisation ausging. Die Veränderungen der internationalen Stellung Frankreichs und Großbritanniens im Zeichen eines tiefgreifenden Umbruchs des traditionellen Großmachtstatus vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der Dekolonisation, aber auch die langfristigen Umoorientierungen sowie die europapolitischen Prämissen beider Länder sind ohne diese transatlantische Verflechtungsgeschichte nicht angemessen zu erfassen.⁸ Von einer

⁷ Vgl. A. Home, *A Savage War of Peace: Algeria 1954–1962*, London 1977; B. Stora, *Histoire de la Guerre d'Algérie (1952–1962)*, Paris 1993, sowie A. Clayton, *The Wars of French Decolonization*, London 1994.

⁸ Vgl. E.-O. Czempel/C.-Ch. Schweitzer, *Weltpolitik der USA nach 1945. Einführung und Dokumente*, Bonn 1989, S. 23–43 et passim, sowie B. Neuss, *Geburts-*

anderen Perspektive aus nimmt der abschließende vierte Teil in einem Ausblick die Verflechtung nicht als historisches, sondern als geschichtspolitisches Phänomen im Kontext der aktuellen Diskussionen um das Erbe der Empires in den Blick.

Methodisch lässt sich der Ansatz als eine Kombination aus komparativ-kontrastierenden und transfer- bzw. verflechtungsanalytischen Methoden beschreiben.⁹ Dabei werden exogene und endogene Faktoren bewusst nebeneinandergestellt, um die in der Forschung noch immer häufig segregierten Aspekte der Dekolonisationsgeschichte – als reine Untersuchung der internationalen Beziehungen, als politische Geschichte eines einzelnen Landes, als Wirtschaftsgeschichte – zusammenzufügen und so das additive Verfahren einer bloßen Aneinanderreihung einzelner Fallbeispiele durch die Analyse anhand systematischer Fragen zu ersetzen. Gegenüber der älteren Forschung geht es nicht um eine solche Addition einzelner Fälle, sondern um den systematischen Vergleich anhand zuvor definierter Fragestellungen. Gegenüber der Geschichte internationaler Beziehungen soll nach der Verknüpfung innen- und außenpolitischer Faktoren gefragt werden.

2. Äußere Determinanten, Empire-Strukturen und Relevanz der Kolonien: Frankreich und Großbritannien im Vergleich

Nach der ersten, 1776 einsetzenden und mit der Monroe Doktrin 1823 abgeschlossenen Phase der Dekolonisation und der zweiten Phase, die durch die Verwandlung der weißen Siedlungskolonien Großbritanniens in faktisch souveräne Dominions charakterisiert war, wurde die dritte Epoche der Dekolonisation nach ersten Ansätzen im Anschluss an den Ersten Weltkrieg infolge der Krise und Delegitimierung der europäischen Kolonialmächte durch den Einschnitt des Zweiten Weltkrieges bestimmt. Für die indigenen Unabhängigkeitsbewegungen in Asien und Afrika bedeutete der enorme Prestigeverlust der europäischen Kolonialmächte infolge ihrer militärischen Krisen zwischen 1939 und 1945 den entscheidenden Wende-

helfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozeß 1945–1958, Baden-Baden 2000, passim.

⁹ Vgl. M. Espagne, *Sur les limites du comparatisme en histoire culturelle*, in: *Genèses* 17 (1994), S. 112–21; Th. Welskopp, *Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte*, in: *AfS* 35 (1995), S. 339–67; J. Paulmann, *Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, in: *HZ* 267 (1998), S. 649–85, sowie M. Middell, *Kulturtransfer und Historische Komparatistik – Thesen zu ihrem Verhältnis*, in: *Comparativ* 10 (2000), S. 7–41.

punkt. Das expansionistische Japan hatte zwischen 1940 und 1942 sämtliche europäischen Besitzungen von Birma bis in den Pazifischen Raum überrannt. Symptomatisch war aus britischer Sicht der Fall Singapurs 1942.¹⁰ Diese Entwicklung schuf für autochthone Sezessionsbewegungen neue Handlungs- und Entwicklungsspielräume. Im Falle des von ihm bedrohten Indien rekurrierte Japan bewusst auf das Leitmotiv einer Befreiung vom Joch des britischen Imperialismus. Damit standen Reputation und konkrete Machtstellung der europäischen Kolonialmächte nach 1945 in Frage. Eine bloße Rückkehr zum Status quo ante schien in den Augen der Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien nach dem Ende des Krieges undenkbar. Sichtbar wurde das enorm gesteigerte Selbstbewusstsein nicht allein in Indien, sondern auch in der Bildung von Republiken in Nordvietnam unter Ho Chi Minh und in Indonesien unter Sukarno.¹¹

Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges bedeutete für Großbritannien zunächst eine Bestätigung seiner überkommenen politischen Prämissen.¹² Zusammen mit den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion war es unbestreitbar eine Siegermacht des Weltkrieges und konnte von daher an allen wichtigen internationalen Entscheidungsprozessen aktiv teilnehmen. Ganz im Gegensatz zu den französischen Erfahrungen hatte es zumindest im kollektiven Gedächtnis im Jahre 1940 alleine dem Angriff des nationalsozialistischen Deutschland widerstanden. 1945 bedeutete von daher keine grundsätzliche Infragestellung britischer Politikprinzipien. Vielmehr setzte sich zunächst eine Orientierung am Status quo durch, für welche die Aussage von Hugh Dalton, eines führenden Politiklers der Labour party und Schatzkanzlers von 1950, charakteristisch war: „*We intend to hold what we have gained here in this island*“.¹³ Frankreich stellte 1945 dagegen keine anerkannte Siegermacht dar. Seine Teilhabe an wichtigen Entscheidungsprozessen blieb begrenzt und von der Zustimmung der USA und Großbritanniens abhängig. Noch Jahre später sollte de Gaulle das Trauma

¹⁰ Vgl. G. Altmann, Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens 1945–1985, Göttingen 2005, S. 43–50.

¹¹ Vgl. L. W. Roger, The Dissolution of the British Empire in the Era of Vietnam, in: AHR 107/1 (2002), S. 1–25.

¹² Vgl. R. Morgan, Die bilateralen Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich seit 1945, in: Kastendiek/Rohe/Volle (Hrsg.), Länderbericht Großbritannien (Anm. 5), S. 374–82, hier: S. 374ff.

¹³ The Labour Party. Report of the 49th Annual Conference, Margate October 2 to October 6, 1950, o.O. 1950, S. 166; vgl. C. A. Wurm, Die Integrations- und Europapolitik Frankreichs und Großbritanniens seit 1945 im Vergleich, in: H. A. Winkler/H. Kaelble (Hrsg.), Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 334–57, hier: S. 341, sowie R. F. Holland, The Imperial Factor in British Strategies from Attlee to Macmillan, 1945–63, in: Journal of Imperial and Commonwealth History 12/2 (1984), S. 165–86.

thematisieren, Frankreich sei in Yalta nicht vertreten gewesen. Vor allem aber unterschieden sich Frankreichs Kriegserfahrungen grundlegend von denen Großbritanniens: Der Niederlage von 1940 waren Besatzung, Vichy-Regime, Kollaboration, die Befreiung von außen und der schwierige Kampf um die zumindest symbolische Anerkennung als Siegermacht des Krieges gefolgt. Alle führenden Politiker der Vierten Republik standen nach 1945 vor der Herausforderung, in einer grundlegend veränderten Welt den Anspruch Frankreichs auf einen Großmachtstatus fortzuführen.¹⁴ In diesem Kontext stand zunächst auch die Kolonialpolitik. Außenpolitisch zwang die Situation nach 1945, die internationalen Einflusszonen Frankreichs umso mehr zu betonen, vor allem in Afrika mit der besonderen Stellung Algeriens, in Asien mit Indochina sowie im Vorderen Orient.¹⁵ Mit diesen Versuchen, einen über Europa hinausweisenden Großmachtanspruch zu bewahren, sollte nicht zuletzt die Stellung Frankreichs als beherrschender kontinentaleuropäischer Akteur unterstrichen werden.

Das französische Kolonialreich, wie es sich am Ende des Zweiten Weltkrieges darstellte, war später als das britische entstanden und in seinem territorialen Umfang kleiner. Wirtschaftlich blieb sein Wert für Frankreich selbst auf wenige Sektoren wie vor allem die Textil- und Baumwollindustrie beschränkt. Wirtschaftspolitisch folgte das französische Kolonialsystem einer neomerkantilistischen Tendenz. Vor allem in der weltwirtschaftlichen Bedeutung der Kolonien zeigten sich daher entscheidende Unterschiede: Die Sterling-Zone des britischen Empire stellte nach dem Zweiten Weltkrieg den mit Abstand größten Handels- und Finanzraum multilateraler Prägung dar. Darin setzte sich nicht allein die traditionell liberale Empire-Politik Großbritanniens fort. Von hier aus erklärte sich auch die dominierende Position Londons als internationales und nicht allein europäisches Finanzzentrum.¹⁶ Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung der Kolonien zeigten sich entscheidende Unter-

¹⁴ Vgl. H. Kaelble, Die Nachkriegszeit in Frankreich und Deutschland (1945–1955/57), in: I. Miecz/P. Guillen (Hrsg.), Nachkriegsgesellschaften in Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert, München 1998, S. 123–44; I. Kolboom/H. Stark, Frankreich in der Welt. Weltpolitik als Berufung?, in: Christadler/Utterwedde, Länderbericht Frankreich (Anm. 5), S. 443–64, sowie F. Sirjacques-Manfrass, Die 'Grande Nation' – Wandel nach dem Zweiten Weltkrieg?, in: H. Timmermann (Hrsg.), Nationalismus in Europa nach 1945, Berlin 2001, S. 161–76.

¹⁵ Vgl. K. Robinson, Colonialism French-Style, 1945–55: A Backward Glance, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 12/2 (1984), S. 24–41.

¹⁶ Vgl. Wurm, Integrationspolitik, (Anm. 13) S. 336f., sowie Darwin, Decolonization (Anm. 5), S. 197f.

schiede. Frankreichs Absatzmärkte blieben traditionell europäisch, auch wenn die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien in der Zwischenkriegsphase als Rohstofflieferant und Absatzmarkt zugenommen hatte. Algerien nahm 1936 fast 34% des französischen Außenhandels auf.¹⁷ Exporte in die französischen Kolonien zwischen 1947 und 1958 machten 36% aller Ausfuhren aus, Exporte nach Europa 40%, während aus den Kolonien 26% aller Importe stammten. Spätestens am Ende der 1950er Jahre sanken die Quoten des Warenaustauschs zwischen Metropole und Kolonien. Das stand nun auch im Kontext einer zunehmenden Orientierung der französischen Wirtschaftspolitik am Ideal einer forcierten Modernisierung durch das Mittel der staatlich gelenkten *planification*.¹⁸ Aus dieser Sicht erkannte man in den Kolonien immer mehr eine ökonomische Belastung, welche die wirtschaftliche Expansion Frankreichs in Europa zu behindern schien. Dazu kamen die erheblichen Kosten für die militärischen Operationen in Indochina und Algerien.¹⁹ Deutete sich hier aus wirtschaftspolitischer Sicht eher eine Unterstützung der Dekolonisation an, blieb die politische Bedeutung der Kolonien für Frankreich eminent.

Demgegenüber hatte sich Großbritannien langfristig bereits seit der Mitte des 18. Jahrhunderts zu einer weltweit operierenden Handels-, Industrie- und Finanzmacht entwickelt. Auch hier führte die Krise der 1930er Jahre zu einer verstärkten wirtschaftlichen Verflechtung mit den Kolonien, die auf signifikant höherem Niveau lag als in Frankreich. Während 1950 nur 10% der britischen Exporte nach Kontinentaleuropa gingen, betrug der Anteil der Ausfuhren in Mitgliedsstaaten des Commonwealth fast 50% und der der Einfuhren über 40%. Erst nach 1955 begann, zunächst noch zögerlich, eine stärkere Ausrichtung am Markt der europäischen Staaten. Noch klarer ausgeprägt zeigte sich die Orientierung am Commonwealth bei den Investitionsströmen. Noch 1962 gingen nur 10% aller britischen Investitionen nach Europa.²⁰

Tendenziell wird man für Frankreich von einer stärker politischen als wirtschaftlichen Bedeutung der Kolonien sprechen können, während in Großbritannien die handels- und finanzpolitischen Aspekte die politischen

¹⁷ Vgl. Krosigk, Frankreich (Anm. 5), S. 489.

¹⁸ Vgl. Wurm, Integrationspolitik (Anm. 13), S. 348.

¹⁹ R. Girault, Les relations économiques avec l'extérieur (1945-1975): mutations et permanences, in: Jean Bouvier et al., Histoire économique et sociale de la France, Bd. 4/3, Paris 1982, S. 1379-1423, sowie Wurm, Integrationspolitik (Anm. 13), S. 338ff.

²⁰ Vgl. J. H. Dunning/D. C. Brown, British direct investment in Western Europe, in: Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review 18 (1965), S. 127-55, hier: S. 129; vgl. Wurm, Integrationspolitik (Anm. 13), S. 340f.; Alan Booth, Inflation, Expectations, and the Political Economy of Conservative Britain, 1951-1964, in:

ergänzten. Die je besonderen politischen und rechtlichen Beziehungen zwischen den Kolonien und Metropolen ist für den Dekolonisationsprozess nach 1945 von kaum zu überschätzender Bedeutung, denn sie imprägnierten den institutionellen Rahmen und damit auch die Handlungsspielräume und alternativen Krisenstrategien, die Frankreich und Großbritannien zur Verfügung standen. Eine in der Forschung noch immer häufig anzutreffende Dichotomisierung von formaler Kolonialherrschaft Frankreichs und einem *informal Empire* Großbritanniens verkürzt die Unterschiede unzulässig. Hinter den komplexen Beziehungen und institutionellen Rahmenbedingungen standen vielmehr historische Entwicklungsprozesse des *Empire-building* und das aus ihnen erwachsene staatlich-politische Selbstverständnis der Metropolen.

Das französische Kolonialreich, das zwischen den 1830er Jahren bis zu Beginn der 1960er Jahre existierte, war ursprünglich aus Gründen der innenpolitischen Stabilisierung unter dem Regime der Julimonarchie entstanden. Ganz im Gegensatz zum Mythos vom „größeren Frankreich“ der 100 Mio. Einwohner, das in der Dritten Republik betont wurde und dem unitarischen Staatsverständnis korrespondierte, stellte es nach 1945 eine höchst heterogene Agglomeration von Kolonien, Mandatsgebieten, Territorien und Departements dar.²¹ Dabei bestand die Zielsetzung historisch in der umfassenden politisch-rechtlichen und kulturellen Assimilation der Kolonien und ihrer Integration in den zentralistisch strukturierten französischen Staat.²² Erst um die Jahrhundertwende wurde dieses Konzept angesichts der heterogenen Verhältnisse der Kolonien modifiziert. Nun ging es um eine möglichst weitgehende Assoziation bei zumindest relativer Anerkennung indigener Kulturen zur Sicherung der französischen Herrschaft und zur Nutzung der wirtschaftlichen Ressourcen. Faktisch änderte dies nichts an der Vorherrschaft der französischen Kolonialeliten in Militär, Verwaltung, Rechtsprechung und Wirtschaft. Die indigenen Bewohner der Kolonien blieben zudem *sujets*, hatten also keinen Status als französische Staatsbürger und konnten – mit Ausnahme der Phase der Zweiten Republik von 1848 bis 1852 – auch keine sie betreffenden Gesetzgebungsverfahren beeinflussen. Vor dem Hintergrund der tendenziell formal-strafferen französischen Herrschaftsstrategie als Ausdruck eines uni-

HJ 43/3 (2000), S. 827-47; Nicholas J. White, The Business and Politics of Decolonization: The British Experience in the Twentieth Century, in: Economic Historical Review 53/3 (2000), S. 544-64, sowie Catherine Schenk, Sterling, International Monetary Reform and Britain's Applications to Join the European Economic Community in the 1960s, in: Contemporary European History 11/3 (2002), S. 345-69.

²¹ Vgl. Krosigk, Frankreich (Anm. 5), S. 484-91

²² Vgl. Höhne, Auflösung (Anm. 5), S. 206.

tarischen Staatsverständnisses darf der Unterschied zwischen den Protektorat und der treuhänderischen Verwaltung von Völkerbundsmandaten nach 1918 und dem Sonderfall Algeriens nicht übersehen werden. 1848 formell zu einem integralen Teil des französischen Staates geworden, unterstand Algerien dem Innenministerium und nicht wie die übrigen Protektorate dem Außenminister. Aufgrund des erheblichen Anteils von einer Mio. Europäern an der Gesamtbevölkerung Algeriens 1954 von insgesamt etwa acht Mio. erklärte sich eine besondere Verbindung zwischen Frankreich und Algerien, die den Krisenprozess seit Mitte der 1950er Jahre prägte und seine Gewalthaftigkeit erklärte.²³

Historisch-politisch wurde sie durch die Sonderrolle der nordafrikanischen Gebiete Frankreichs und vor allem Algeriens während des Zweiten Weltkriegs verstärkt. Angesichts der Besetzung eines Teils Frankreichs und der Vichy-Kollaboration konnte *la libre France* unter de Gaulle zuerst in den afrikanischen Kolonien und in Algerien die Macht übernehmen, damit einen Ausgangspunkt für den Kampf um die Befreiung des französischen Mutterlandes schaffen und eine entscheidende Basis für das Überleben der französischen Nation außerhalb des von deutschen Truppen besetzten Landes sichern.²⁴ Das galt konkret politisch und militärisch, es galt aber auch im Hinblick auf die Selbstlegitimation der Vierten Republik nach 1944. Der souveräne französische Nationalstaat hatte in dieser Perspektive in seinen Kolonien überlebt. Nirgendwo sonst wurde die Kompensationsfunktion des französischen Kolonialmythos so deutlich wie hier. Der spätere Senatspräsident Gaston Monnerville betonte nach 1945: « *Sans l'Empire, la France ne serait aujourd'hui qu'un pays libéré. Grâce à son Empire, la France est un pays vainqueur* ». ²⁵

Diese historische Rolle der afrikanischen Kolonien als Raum der Nation in der Krisenphase nach 1940 erschwerte aber nach 1944 den Rückzug des Mutterlandes in besonderer Weise. Die Entlassung dieser Gebiete aus der Kolonialherrschaft und Algeriens aus dem französischen Staatsverband berührte in den Augen großer Teile der französischen Eliten unmittelbar das Selbstverständnis Frankreichs als politische Großmacht und souveräner Nationalstaat nach 1945. Gegenüber der Tradition zentralistischer Administration und der Dominanz französischer Kolonialeliten kam es in der Vierten Republik seit 1945/46 zu einem entscheidenden Wandel. Erst jetzt verlieh man den Einwohnern der Überseedepartements und -ter-

²³ Vgl. ebd., S. 208f.

²⁴ Vgl. D. Shipley White, *Black Africa and De Gaulle: From The French Empire to Independence*, University Park 1979.

²⁵ Zitiert nach: Raoul Girardet, *L'idée coloniale en France de 1871 à 1962*, Paris 1972, S. 195; vgl. Höhne, *Auflösung* (Anm. 5), S. 207.

ritorien die französische Staatsbürgerschaft, letzteren jedoch nicht das Wahlrecht. Formell löste 1946 die *Union française* das Empire ab und bildete eine Konföderation zwischen Frankreich und den verschiedenen Einheiten seines Kolonialreiches. Aber trotz des rhetorischen Bekenntnisses zur Selbstverwaltung blieb die *Union* primär ein Mittel französischer Vorherrschaft, das die durch den Krieg gestiegenen Partizipationsansprüche indigener Eliten und Sezessionsbewegungen nicht befriedigen konnte. Institutionell bot die *Union française* daher keinen geeigneten Rahmen für einen evolutionären Dekolonisationsprozess. Bereits 1946 lehnten mit Nordvietnam, Tunesien und Marokko wichtige Protektorate eine Mitgliedschaft ab.²⁶ Allerdings offenbarten die Konzessionen der Regierungen der Vierten Republik vor allem den Bewegungsspielraum für die Sezessionsbewegungen. Im nach 1945 beschleunigten Dekolonisationsprozess wurde insofern eine Revolution steigender Erwartungen in den Kolonien aufgrund partieller Zugeständnisse in der Metropole sichtbar.

Ganz anders stellte sich die Situation im britischen Falle dar. Hier existierten seit dem 19. Jahrhundert flexible Rahmenbedingungen und Institutionen, die in der konkreten Situation nach 1945 eine gegenüber Frankreich günstigere Ausgangslage schufen und damit das Krisenpotential des Dekolonisationsprozesses partiell entschärfen konnten. Dahinter stand ein Erfahrungsprozess, der früher als in Frankreich eingesetzt hatte.²⁷ Begonnen hatte diese Entwicklung bereits mit dem Durham-Report von 1839, der den logischen Widerspruch von imperialer Einheit und kolonialer Selbstbestimmung der weißen Siedlerkolonien, vor allem Kanadas, zu lösen versuchte. Die damals entwickelten Vorschläge, die eine eigenverantwortliche Selbstregierung und die Trennung zwischen inneren Kompetenzen und Außenpolitik vorsahen, mündeten schließlich in der Konzeption des Dominion-Status im Rahmen eines *British Commonwealth of Nations*. Der Südafrikaner Jan C. Smuts, seit 1917 Vertreter der Dominions im britischen Kriegskabinett, definierte es im Mai 1917 als „*a number of nations and states almost sovereign almost independent, who govern themselves*“.²⁸ Die quasi-Souveränität wurde im Balfour-Report von 1926 und schließlich im *Statute of Westminster* von 1931 als volle Autonomie definiert. Danach waren die Mitglieder des

²⁶ Vgl. ebd., S. 214f.

²⁷ Vgl. Yōichi Kibata, Die Kolonialpolitik Großbritanniens und Japans, in: ZfG 47/5 (1999), S. 413-29.

²⁸ Zitiert nach: P. Wende, Geschichte Englands, Stuttgart 1985, S. 282; vgl. H. Dippel, Die Auflösung des Britischen Empire oder die Suche nach einem Rechtser-satz für formale Herrschaft, in: R. Lorenz (Hrsg.), Das Verdämmern der Macht. Vom Untergang großer Reiche, Frankfurt a. M. 2000, S. 236-55.

Commonwealth in keiner Weise in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten einander untergeordnet, aber dennoch vereinigt durch eine gemeinsame Anerkennung der Untertanentreue zur britischen Krone. Damit aber hatte die Kolonialmacht Großbritannien einen entscheidenden Entwicklungsvorsprung gegenüber Frankreich, und zwar durch ein zweifaches Instrumentarium der Dekolonisation, das mit Dominion-Status und Commonwealth-Mitgliedschaft nach 1945 auch auf die nicht-weißen Siedlerkolonien angewandt werden konnte: einmal staatlich-konstitutionell durch die verschiedenen Stufen von deliberativer Politik in Form zahlreicher *commissions*,²⁹ durch Parlamentsvertretung und Ministerverantwortlichkeit in den ehemaligen Kolonien und schließlich durch die Übertragung voller Souveränität bei informellem Fortwirken des politischen Einflusses Londons, zum anderen außen- und sicherheitspolitisch durch die Idee der Föderation, durch die Konflikte zwischen den ehemaligen Kolonien ausbalanciert werden sollten.

Während dieses Modell in der Praxis scheiterte, wie das Schicksal der 1953 gegründeten Zentralafrikanischen Föderation unterstrich, blieb die Mitgliedschaft im exklusiven Club des Commonwealth aus der Sicht ehemaliger Kolonien ein wichtiger Anreiz für evolutionäre Dekolonisationsprozesse und sicherte zugleich britische Einflussmöglichkeiten. Als Forum politischer Kommunikation und Instrument der Entwicklungspolitik überlebte das Commonwealth auch das Ende der Dekolonisation.³⁰ Aus britischer Sicht ging vom Commonwealth lange Zeit eine stärkere Orientierungskraft als von der westeuropäischen Integration und den Beziehungen zu den kontinentaleuropäischen Staaten aus.³¹

3. Endogene Faktoren der Dekolonisationsphase: Akteure, Orientierungsmuster und Entscheidungsprozesse in Frankreich und Großbritannien

Besonders deutlich wurde der Zusammenhang zwischen externen und internen Bedingungen für eine Dekolonisationspolitik im Falle der Vierten

²⁹ Vgl. R. von Albertini, Das Ende des Empire. Bemerkungen zur britischen Dekolonisation, in: Mommsen (Hrsg.), Ende (Anm. 3), S. 25–46, hier: S. 44 ff.

³⁰ Vgl. Dippel, Auflösung (Anm. 28), S. 248–54, Wende, Geschichte (Anm. 28), S. 289ff., Ansperger, Erbe (Anm. 5), passim; Herward Sieberg, Colonial Development. Die Grundlegung moderner Entwicklungspolitik durch Großbritannien 1919–1949, Stuttgart 1985, sowie M. Havinden/D. Meredith, Colonialism and Development. Britain and Its Tropical Colonies, 1850–1960, London 1993.

³¹ Vgl. U. Lehmkuhl, Das Empire/Commonwealth als Faktor britischer Europapolitik, 1945–1961, in: C. A. Wurm (Hrsg.), Wege nach Europa. Wirtschaft und Außenpolitik Großbritanniens im 20. Jahrhundert, Bochum 1992, S. 91–122.

Französischen Republik. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwächung und der Sicherung seiner internationalen Stellung auf die Unterstützung vor allem der Vereinigten Staaten angewiesen, wirkte sich die Konfliktkonstellation des Kalten Krieges seit 1946/47 hier doppelt aus: Außen- und sicherheitspolitisch in der umso engeren Anlehnung an die USA, wie sich zumal im Ersten Indochinakrieg bis 1954 zeigte. Aber auch die französische Innenpolitik wurde von der Frontstellung des Kalten Krieges erheblich beeinflusst, wie sich am Bruch zwischen den demokratischen Parteien und den Kommunisten zeigte. Die Zersplitterung der Parteien und zumal der Linken reflektierte nicht zuletzt die Konflikte um die Dekolonisation. Die Kommunisten, die zunächst wie auch die Sozialisten, Christdemokraten und Gaullisten die französische Politik in Indochina unterstützt hatten, brachen im Mai 1947 mit der sozialistischen Regierung Ramadier und entfachten eine in der Öffentlichkeit immer erfolgreichere Kampagne gegen den Krieg in Asien.

Innenpolitisch verstärkte die Dekolonisationsproblematik die Kluft zwischen Kommunisten und Antikommunisten im Zeichen des Kalten Krieges. Während die Gaullisten weiterhin jede Konzessionsbereitschaft gegenüber den indigenen Sezessionsbewegungen ablehnten und damit die entgegengesetzte Position zu den Kommunisten markierten, fanden sich die Regierungen der „Dritten Kraft“, gebildet aus Sozialisten, Christdemokraten und Liberalen, zugleich von rechts und links kritisiert.³² Das enge den kolonialpolitischen Handlungsspielraum erheblich ein und zwang zu einer problematischen Doppelstrategie: Prinzipiell hielt man an der französischen Kolonialherrschaft fest, stellte aber eine stärkere Beteiligung der indigenen Bevölkerung in Aussicht. Die Konzessionen im Falle Algeriens, wie vor allem die Reformen der Vertretungskörperschaften ab 1954/55, gingen aber nicht weit genug, und sie kamen zu spät, um die Repräsentanten der algerischen Sezessionsbewegung FLN noch zu überzeugen. Zu lange hielten die Regierungen der Vierten Republik am Integrationskonzept fest, so dass die im Januar 1958 von der sozialistischen Regierung Mollet verabschiedete erweiterte Autonomie für Algerien und die staatsbürgerliche Gleichstellung von Europäern und muslimischen Algeriern nicht mehr ausreichte, um die Krise im Mai 1958 zu verhindern.³³

Im Falle Frankreichs trug die Polarisierung der Parteien über die Frage der Dekolonisation mithin erheblich zur Selbstblockade des politischen Systems und zur Machtübertragung an de Gaulle bei. Der Dekolonisationsprozess war nicht alleinige Ursache für die Krise der Vierten Republik, aber sie bot einen katalytischen Anlass für die Zuspitzung der Kritik

³² Vgl. Kahler, *Decolonization* (Anm. 6), S. 356 ff. und passim.

³³ Vgl. Krosigk, *Frankreich* (Anm. 5), S. 492 ff.

und der Selbstblockade von Legislative und Exekutive.³⁴ Dabei ließ erst die für Algerien so charakteristische Überlagerung von Dekolonisationskrise und doppelter Bürgerkriegskonstellation zwischen Europäern und Algeriern sowie zwischen pro- und anti-französischen Algeriern die Gewalt auf beiden Seiten eskalieren und verhinderte bis 1962 eine erfolgreiche Kanalisierung des Dekolonisationsprozesses.

Dagegen wird man in Großbritannien nach 1945 von einem sich entwickelnden kolonialpolitischen Konsens zwischen Labour party und Konservativen sprechen können.³⁵ Die prinzipiellen Positionen Attlees nach 1945 und Macmillans nach 1957 unterschieden sich jedenfalls in ihren Konsequenzen kaum. Bei den Konservativen wurde die traditionelle Empire-Position Churchills und Salisburys im Rahmen eines politischen Generationswechsels jedenfalls immer mehr zu einer Außenseiterposition. Das Zweiparteiensystem verhinderte zudem den für Frankreich so charakteristischen Konflikt zwischen Sozialisten und Kommunisten und schirmte die britische Innenpolitik damit stärker als in Frankreich gegen die Wirkungen des Kalten Krieges ab. Nicht zu unterschätzen sind in diesem Zusammenhang auch die persönlichen Netzwerke, die sich im Falle Großbritanniens im Hinblick auf das Beispiel Indiens zwischen Vertretern der Labour party, vor allem Attlee und Cripps, sowie Repräsentanten der indischen Nationalbewegung bereits am Ende der 1930er Jahre entwickelt hatten. 1938 kam es in diesem Kontext zu Zusammenkünften in London, in deren Verlauf auch mögliche Szenarien einer *transfer of power* diskutiert wurden. Als die Labour party unter Attlee dann 1945 die Konservativen unter Churchill in der Regierungsverantwortung ablöste, konnte man an diese Verbindungen anknüpfen. Das erklärt den relativ raschen und unterschiedenen Beginn der Dekolonisationspolitik Attlees, der mit der Ersetzung des indischen Vizekönigs Wavell durch Mountbatten ein entsprechendes Zeichen setzte.

Zu dieser Kultur informeller Netzwerke kam die ideologische Verbindung durch die sozialistische Kolonialismus-Kritik. Sie verband Attlee und Cripps in ihrer vom Labour-Sozialismus geprägten antikolonialen Grundhaltung mit den Orientierungen Nehrus.³⁶ Der Faktor des Regierungswechsels von 1945 ist für den britischen Dekolonisationsprozess

³⁴ Vgl. Ph. M. Williams, *Crisis and Compromise. Politics in the Fourth Republic*, London 1964, sowie J.-P. Rioux, *The Fourth Republic, 1944–1958*, Cambridge 1987, S. 195–253.

³⁵ Vgl. Darwin, *End* (Anm. 5), S. 10–39.

³⁶ Vgl. J. Lütt, *Übertragung der Macht oder Sieg im Freiheitskampf? Der Weg zur indischen Unabhängigkeit*, in: Mommsen (Hrsg.), *Ende* (Anm. 3), S. 47–66, hier: S. 57 und 62 ff.

mithin nicht gering einzuschätzen: Die Labour party war personell und parteipolitisch klarer auf eine entschiedene Dekolonisationspolitik hin orientiert als die Konservativen unter Churchill und Salisbury. Dazu trug nicht zuletzt auch die öffentliche Erwartung einer stärkeren Konzentration auf sozialpolitische Fortschritte in Großbritannien selbst bei. Eindrückliches Beispiel für die demgegenüber zunehmend anachronistische Haltung der Konservativen war nicht allein Churchills immer wieder geäußerte Ansicht, dass er nicht der Premier werden wolle, der das Kronjuwel des Empire aufgebe, sondern vor allem seine Ansicht, das ökonomische und militärische Überleben Großbritanniens habe wie schon zwischen 1914 und 1918 auch im Zweiten Weltkrieg wesentlich von der Unterstützung durch die Kolonien und Dominions abgehungen. Auf mehrere persönliche Interventionen Roosevelts, der Großbritannien zu Zugeständnissen gegenüber dem von japanischen Truppen bedrohten Indien bewegen wollte, reagierte Churchill entschieden ablehnend.³⁷ Aus dieser Position erklärte sich auch seine ambivalente Haltung gegenüber der westeuropäischen Integration, die er prinzipiell befürwortete, aber als kontinentaleuropäische Entwicklung begriff, während Großbritannien sich am Empire und der besonderen transatlantischen Beziehung zu den USA orientieren sollte.³⁸ Auch wenn sich diese Position seit den 1960er und 1970er Jahren abschwächte, blieb die Spannung zwischen europäischer, transatlantischer und Commonwealth-Perspektive ein entscheidendes Kennzeichen der britischen Position, in der sich auch nach der Dekolonisation die *longue durée* des Empire als Vielfalt von Optionen zeigte.³⁹

³⁷ Vgl. ebd., S. 56.

³⁸ Vgl. K. Larres, Integrating Europe or Ending the Cold War? Churchill's Post-War Foreign Policy, in: Ders./A. Lane (Hrsg.), The Cold War. The Essential Readings, Oxford 2001, S. 69-97, sowie K. Robbins, Winston Churchill und Europa, in: H. Duchhardt (Hrsg.), Europäer des 20. Jahrhunderts. Wegbereiter und Gründer des „modernen“ Europa, Mainz 2002, S. 145-64.

³⁹ Vgl. H. A. Krauss, Whitehall zwischen Commonwealth und Common Market. Die Commonwealth- und Westeuropapolitik der Regierung Macmillan und die britische Regierungsbürokratie 1957-1963, Frankfurt a. M. 1999; A. Warburton, Britische Ambivalenzen gegenüber Europa oder die nicht vergehende Erinnerung an ein goldenes Zeitalter, in: P. Bock/E. Wolfrum (Hrsg.), Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, Göttingen 1999, S. 176-89, sowie J. Darwin, Between Europe and Empire: Britain's Changing Role in World Politics since 1945, in: Birke/ Brechtken/Searle (Hrsg.), Dialogue (Anm. 5), S. 203-15.

4. Dekolonisation als Verflechtungsgeschichte: Die Rolle der Vereinigten Staaten und der Wandel der transatlantischen Konstellation

Die Verflechtung zwischen den europäischen Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich sowie den USA zeichnete sich bereits im Kontext des Ersten Weltkriegs ab. Regelte das Sykes-Picot-Abkommen vom Mai 1916 noch die Aufteilung der arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches unter Briten und Franzosen, mit der man auf britischer Seite weniger eine dauernde Annexion dieser Gebiete, als vielmehr eine Verlängerung der Entente mit Frankreich auch über das Ende des Krieges beabsichtigte, veränderte sich die Gesamtkonstellation mit dem Kriegseintritt der USA 1917 grundlegend. Ein weiterer britisch-französischer Geheimvertrag zur Aufteilung deutscher Kolonien im Pazifikraum traf auf entschiedene amerikanischen Widerstände. Prinzipiell stand der Primat des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das Präsident Wilson betonte, im Gegensatz zu den britischen und französischen Plänen. Einer aus der Konkursmasse der Großreiche möglichen Arrondierung des französischen und britischen Kolonialreiches wollten die USA jedenfalls nicht zustimmen. Zunächst akzeptierte Wilson einen Kompromiss, der anstelle formaler Kolonien ein System von treuhänderischen Mandaten vorsah, die von den kleineren europäischen Staaten unter dem Dach des nach 1918 zu schaffenden Völkerbundes verwaltet werden sollten.⁴⁰ Als der amerikanische Senat schließlich die Zustimmung zum Beitritt der USA zum Völkerbund verweigerte, konnten Großbritannien und Frankreich die Einrichtung und Verwaltung der Mandatsgebiete dominieren. Einzig der Zwang zu regelmäßigen Berichten gegenüber dem Völkerbund unterschied die Mandate von faktischen Kolonien.⁴¹

Diese Konstellation änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend. Einmal neigten die Vereinten Nationen nun dazu, sich auch offensichtlich in die inneren Angelegenheiten der Mandatsgebiete einzumischen.⁴² Vor allem aber zeigte sich in Palästina die Überforderung der britischen Mandatsmacht. Politisch und finanziell war das Land nach 1945 weitaus

⁴⁰ Vgl. L. Ambrosius, *Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition: The Treaty Fight in Perspective*, New York 1987, sowie Th. J. Knock, *To End All Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order*, London 1992.

⁴¹ Vgl. P. A. Dumbuya, *Tanganyika under International Mandate, 1919–1946*, Lanham 1995.

⁴² Vgl. D. Rothermund, *Delhi*, 15. August 1947. Das Ende kolonialer Herrschaft, München 21999, S. 90 ff., sowie Yassin El-Ayouty, *The United Nations and Decolonization. The Role of Afro-Asia*, Den Haag 1971, passim.

stärker von den USA abhängig geworden als nach 1918, obgleich schon damals mit den amerikanischen Kriegskrediten an Großbritannien eine entscheidende Machtverlagerung im transatlantischen Beziehungsgeflecht einsetzte. Außenpolitisch hatte der Zweite Weltkrieg das britische Misstrauen gegenüber Kontinentaleuropa eher bestärkt. Hinzu trat die durch den Krieg erheblich zugenommene wirtschaftliche und monetäre Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, die zu einer verstärkten Orientierung an der transatlantischen Partnerschaft führte. Innerhalb der drei Optionskreise der britischen Außenpolitik, der transatlantischen, der Empire- sowie der Europa-Perspektive, nahm die *special relationship* mit den USA zumal angesichts amerikanischer wirtschaftlicher und militärischer Ressourcen und der britischen Probleme des *overstretching* – der Überdehnung des Empire und damit der eigenen geopolitischen Grundlagen – den entscheidenden Platz ein.⁴³

Besonders in den Mandatsgebieten zeigte sich nun nach 1945 die Erschöpfung Großbritanniens und damit die zunehmend eingeschränkten Handlungsspielräume. Zwar verzichteten die USA zunächst auf eine direkte politische Einflussnahme, aber man zeigte doch deutliche Sympathien für die zionistische Bewegung und die Pläne zur Gründung eines eigenen Staates Israel. Als man sich in London von der amerikanischen Politik im Nahen Osten allein gelassen fühlte, gab man im September 1947 überraschend bekannt, das Mandat bereits bis Mai 1948 aufzukündigen. Nach dem Abzug der Mandatsmacht begann man mit der Umsetzung des Teilungsplans der Vereinten Nationen vom November 1947, aus dem sich eine Vielzahl von Folgeproblemen ergab. Als die britischen Truppen am 14. Mai 1948 Palästina verließen und David Ben-Gurion den unabhängigen Staat Israel ausrief, markierte dessen umgehende Anerkennung durch die USA und die Sowjetunion eine entscheidende Gewichtsverlagerung zugunsten der beiden beherrschenden Siegermächte des Zweiten Weltkriegs.⁴⁴

Hinzu kam nach 1945 auch die offene, ideologisch unterschiedlich motivierte Kritik der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, aber auch der neuen Institution der Vereinten Nationen an der Kolonialpolitik europäischer Mächte. Allerdings wurde die Wirkung der amerikanischen Kritik von der Konfliktkonstellation des Kalten Krieges mitbestimmt. So

⁴³ Vgl. A. M. Birke, Juniorpartner der USA? Die Siegermacht Großbritannien, in: H. Mehringer/M. Schwartz/H. Wentker (Hrsg.), *Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone (1945/46)*, München 1999, S. 19-27, sowie Th. Mergel, *Großbritannien seit 1945*, Göttingen 2005, S. 99-111.

⁴⁴ Rothermund, *Delhi* (Anm. 42), S. 101 ff.

mussten die USA das vor allem unter Berufung auf die Atlantikcharta geforderte Selbstbestimmungsrecht aller Völker zumindest zeitweilig zurückstellen: In Vietnam unterstützten sie Frankreich in seinem Kampf gegen das von China unterstützte Nordvietnam seit Beginn der 1950er Jahre militärisch und finanziell.⁴⁵ Die zunächst enge außen- und sicherheitspolitische Anlehnung der Vierten Republik an die USA, wie sie sich im Ersten Indochinakrieg bis 1954 zeigte, wurde wie oben angedeutet auch in der französischen Innenpolitik erkennbar. Die allgemeine Zersplitterung der Parteien und vor allem der Bruch zwischen den demokratischen Parteien und den Kommunisten reflektierte nicht zuletzt die Konflikte um die Dekolonisation und verband dieses Problem mit der Konfliktkonstellation des Kalten Krieges.

Die Einflussnahme der USA auf europäische Kolonialmächte zeigte sich nach 1945 auch im Hinblick auf die Niederlande. Auch deren Kolonialherrschaft in Indonesien war durch das japanische Interregnum während des Zweiten Weltkriegs erodiert. Als nationalistische Kräfte unter Sukarno angesichts der japanischen Kapitulation schließlich die Unabhängigkeit der Indonesischen Republik verkündete, kam es zu blutigen Konflikten mit dem Militär der niederländischen Kolonialmacht.⁴⁶ Auf Mahnungen des Weltsicherheitsrates, der auf einen Waffenstillstand drängte, reagierten die Niederlande ablehnend, weil sie sich auf die Duldung der amerikanischen Regierung verließen, welcher, so das Kalkül, der europäische Bündnispartner wichtiger sein würde als Sukarnos Unabhängigkeitsbewegung in Asien. Genau hier zeigte sich nun nicht allein die Verflechtung der europäischen Dekolonisation mit der Haltung der Vereinigten Staaten, sondern auch die Interaktion zwischen innen- und außenpolitischen Entscheidungsprozessen.⁴⁷ Entscheidend wurde in dieser Situation die Rolle der innenpolitischen Opposition in den USA. Als der republikanische Senator Owen Brewster darlegte, dass die den Niederlanden gewährte Marshallplan-Hilfe der Summe entspreche, die in den Militär- und Polizeiaktionen in Indonesien ausgegeben wurde, musste die amerikanische Regierung reagieren, zumal Präsident Truman nun eine Gefährdung der Europapolitik und der NATO-Gründung fürchten musste.

⁴⁵ Vgl. M. Frey, Amerikanischer Anti-Kolonialismus im Spannungsfeld von transatlantischen Beziehungen und dem Machttransfer in Südostasien, 1945–1960, in: R. Dietl/F. Franz Knipping (Hrsg.), *Begegnungen zweier Kontinente. Die Vereinigten Staaten und Europa seit dem Ersten Weltkrieg*, Trier 1999, S. 187–210.

⁴⁶ Vgl. Bernhard Dahm, *Emanzipationsversuche von kolonialer Herrschaft in Südostasien. Die Philippinen und Indonesien. Ein Vergleich*, Wiesbaden 1974, passim.

⁴⁷ Vgl. Robert J. McMahon, *Colonialism and Cold War. The United States and the Struggle for Indonesian Independence*, Ithaca 1981, passim.

Die Dekolonisationskrise drohte andere wichtige sicherheits- und außenpolitische Entscheidungsprozesse zu blockieren und zwang die amerikanische Regierung zur Festlegung ihrer Prioritäten. Nach einem informellen Hinweis des amerikanischen Außenministers Dean Acheson an seinen niederländischen Kollegen willigte die Regierung in Den Haag ein, eine amerikanische Vermittlung bei neuen Verhandlungen mit der Republik Indonesien zu akzeptieren, die zum Abzug der Niederländer Ende 1949 führten.⁴⁸

Auch im Bereich der Entwicklungshilfe zeigte sich das zunehmende Gewicht der USA. Als Modell fungierte dabei der Marshallplan, der nach 1945 den Wiederaufbau der westeuropäischen Länder befördern sollte. Das amerikanische Motiv, ein verarmtes Westeuropa zu verhindern, in dem die kommunistischen Parteien an Boden gewonnen hätten und sich der Einfluss der Sowjetunion verstärkt habe, ließ sich seit den 1960er Jahren auch auf die ehemaligen europäischen Kolonien als zukünftige Entwicklungsländer anwenden, um sie sowjetischen Einflüssen zu entziehen. Dem Wettlauf der europäischen Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien um die Dekolonisation folgte die Konkurrenz der Weltmächte um die politische Einflussnahme in den ehemaligen Kolonien.⁴⁹ War Nehru noch 1949 von den USA enttäuscht gewesen, weil sie eine weitergehende Unterstützung für Indien ablehnten, zumal sich Nehru im beginnenden Kalten Krieg nicht eindeutig für die USA ausgesprochen hatte, veränderte sich diese Haltung der USA langsam. Von 1950 bis 1955 betrug der Anteil der amerikanischen Ausgaben an Entwicklungshilfen 0,32 % des Bruttosozialprodukts, verglichen mit 0,52 % der Länder der Europäischen Gemeinschaft. 1960 stiegen der amerikanische Anteil auf 0,56 % und der europäische auf 0,64 % am jeweils eigenen Bruttosozialprodukt. Fast die Hälfte der gesamten Entwicklungshilfe kam in dieser frühen Phase aus den USA, während der Ostblock 1960 nur auf 10 % kam.⁵⁰

Als Wasserscheide der Dekolonisationserfahrung wirkte für Großbritannien wie Frankreich die Erfahrung der Suez-Krise. Denn sie offenbarte wie in einem Brennspeigel die veränderten Rollen und Machtpotentiale der europäischen Kolonialmächte und der Vereinigten Staaten.⁵¹ Die Ver-

⁴⁸ Vgl. Rothermund, Delhi (Anm. 42), S. 52ff. und 61ff.

⁴⁹ Vgl. Zafar Imam, *Colonialism in East-West Relations. A Study of Soviet Policy Towards India and Anglo-Soviet Relations, 1917–1947*, Neu-Delhi 1969.

⁵⁰ Vgl. H. Chenery, *Foreign Aid*, in: P.K. Newman (Hrsg.), *Dictionary of Money and Finance*, Bd. 2, London 1994, S. 144 ff., sowie Rothermund, Delhi (Anm. 42), S. 230ff.

⁵¹ Vgl. William Roger Louis, *Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Auflösung der europäischen Kolonialreiche*. John Foster Dulles und die Suez-Krise des Jahres 1956, in: Mommsen (Hrsg.), *Ende* (Anm. 3), S. 168–94.

flechtung der Politik der drei Akteure wurde hier besonders deutlich erkennbar und dokumentierte, wo nach 1945 die Wirkungsgrenzen der kolonialen Großmächte des 19. Jahrhunderts verliefen. Auf die koordinierte militärische Intervention Großbritanniens, Frankreichs und Israels gegen Ägypten reagierte die amerikanische Administration unter Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles entschieden. Die interne amerikanische Diskussion offenbarte vor allem gegenüber Großbritannien eine äußerst kritische Haltung. Das Misstrauen gegenüber der für den amerikanischen Präsidenten in Churchill verkörperten viktorianischen Empire-Tradition trat hier deutlich hervor:

„Mr. Dulles wies auf die Gefahr hin, daß wir in die Feindseligkeiten hineingezogen werden könnten, wie dies in den beiden Weltkriegen geschehen sei, mit dem Unterschied, daß diesmal wohl die Briten und Franzosen von der Weltöffentlichkeit als die Angreifer angesehen werden könnten, die einen gegen die Araber und gegen Asien gerichteten Krieg anfangen ... Der Präsident stellte die Frage, ob nicht Churchill seine Hand im Spiele habe, da diese Aktion typisch Viktorianischen Stil verrate. Wenn die Ölversorgung abgeschnitten wird und amerikanische Schiffe den Weg ums Kap nehmen, dann wird die Versorgung Westeuropas mit Öl erheblich verringert. Mr. Hoover war der Auffassung, die Briten könnten der Ansicht sein, daß uns dann keine andere Wahl bliebe, als sie durch besondere Maßnahmen mit Öl zu versorgen ... Der Präsident sagte, er messe einem unwürdigen und unzuverlässigen Verbündeten nicht viel Wert bei; der Zwang, sie zu unterstützen, sei vielleicht nicht so groß, wie sie glaubten. Minister Dulles bemerkte dazu, daß er schon zwei oder drei Jahre sehr beunruhigt darüber sei, daß wir mit Ländern identifiziert werden, die eine koloniale Politik verfolgen, die nicht mit unserer eigenen vereinbar sei.“⁵²

In einer Radio- und Fernsehansprache vom 31. Oktober 1956 sprach sich Eisenhower dann in weitaus moderaterem Ton gegen den Angriff Israels, Großbritanniens und Frankreichs auf Ägypten aus, unterstrich aber die an den Vereinten Nationen orientierte Argumentationslinie der Vereinigten Staaten. Das schloss ein gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Souveränität eines Staates gerichtetes Vorgehen aus:

„Wir glauben, daß diese Aktionen einen Fehler darstellen ... Eine solche Feststellung im Hinblick auf diese spezielle Lage bedeutet in keiner Weise, daß wir unsere Freundschaft mit diesen Nationen herunterspielen wollen oder auch nur unsere Entschlossenheit, die Bande zwischen uns aufrechtzuerhalten und zu verstärken. Wir sind uns auch der ernststen Sorgen Israels, Groß-

⁵² Ergebnisprotokoll der Besprechung von Präsident Eisenhower mit Außenminister Dulles und Unterstaatssekretär Hoover, 30. Oktober 1956, zitiert nach: Czempel/Schweitzer, Weltpolitik (Anm. 8), S. 193f.

britanniens und Frankreichs bewußt. Wir wissen, daß sie wiederholt auf das ernsteste provoziert worden sind. Dennoch stellen sich die derzeitigen Tatsachen ganz eindeutig dar: Die Maßnahmen können kaum in Übereinstimmung gebracht werden mit den Zielsetzungen der Vereinten Nationen, die wir alle unterschrieben haben ... Unter den Umständen, die ich hier beschrieben habe, wird es keine Verwicklung der Vereinigten Staaten in die gegenwärtigen Feindseligkeiten geben.⁵³

Die politische Intervention der Vereinigten Staaten und vor allem ihre Drohung, die währungspolitische Unterstützung der Sterling-Zone einzustellen, führten zum Rücktritt des britischen Premierministers Eden.⁵⁴ In Großbritannien sensibilisierte dieser Umbruch aber über diese konkreten Folgen hinaus das Bewusstsein für die Überdehnung des Empire und die daher notwendige Fortsetzung des in Asien bereits begonnenen Dekolonisationsprozesses in Afrika.⁵⁵ Die französische Vierte Republik erlebte nach der Zäsur von 1954 in Indochina nun eine weitere außenpolitische Niederlage. Bei vielen Zeitgenossen verstärkte sich die Kritik an einem politischen System, das man hinsichtlich der exekutiven Schwäche im Angesicht einer internationalen Krise mit der späten Dritten Republik am Ende der 1930er Jahre verglich. Nach den tiefgreifenden Einschnitten von 1954 und 1956 stellte nunmehr vor allem Nordafrika mit Algerien den entscheidenden Rückzugsraum der französischen Kolonialpolitik dar.⁵⁶

Nach der Niederlage im Suezkrieg und der politischen Intervention der USA, der Harold Macmillan in Großbritannien direkt und de Gaulle in Frankreich indirekt ihre politischen Ämter mitverdankten, dynamisierte sich der Prozess der Dekolonisation in Afrika erheblich.⁵⁷ War der *trans-*

⁵³ Rundfunk und Fernsehansprache Präsident Eisenhowers, 31. Oktober 1956, zitiert nach: Czempiel/Schweitzer, Weltpolitik (Anm. 8), S. 195.

⁵⁴ Vgl. K. Schröder, Die Stellung des britischen Pfund in der internationalen Währungshierarchie. Eine monetäre Analyse Großbritanniens 1945–1985, Marburg 2002, passim; Holland, End (Anm. 5), S. 224 ff.

⁵⁵ Vgl. P. Clarke, Hope and Glory. Britain 1900–1990, London 1996, S. 260–63; U. Lehmkuhl, „Vom Umgang mit dem Niedergang“. Strategien der Sicherung britischer Machtpositionen in der internationalen Politik vor und nach Suez, in: W. Heinemann/N. Wiggershaus (Hrsg.), Das internationale Krisenjahr 1956. Polen, Ungarn, Suez, München 1999, S. 589–614; H.-J. Grabbe, Suez and Beyond: Great Britain as a Second-Rank Power, in: M. Wala (Hrsg.), Gesellschaft und Diplomatie im transatlantischen Kontext, FS. für Reinhard R. Doerries zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1999, S. 291–304, sowie W. Kaiser/G. Staerck (Hrsg.), British Foreign Policy 1955–1964. Contracting Options, London 2000, passim.

⁵⁶ Vgl. D. Zimmermann, Frankreich und die Suezkrise 1956, in: Heinemann/ Wiggershaus (Hrsg.), Krisenjahr (Anm. 55), S. 395–422.

⁵⁷ Vgl. P. Gilford/W. M. Roger Louis (Hrsg.), Decolonization and African Independence. The Transfers of Power, 1960–1980, New Haven 1988; John R. Har-

fer of power in Afrika zum Zeitpunkt der Suezkrise noch kaum eingeleitet, sahen sich Großbritannien und Frankreich nun angesichts ihres veränderten internationalen Gewichts und der Dominanz der Supermächte USA und Sowjetunion gezwungen, in die politische Offensive zu gehen und ihre afrikanischen Kolonien in die Unabhängigkeit zu entlassen. Symptome dieses durch die Erfahrung von Suez erheblich katalysierten Prozesses waren die spektakulären Afrikareisen Macmillans und de Gaulles. Der Erklärung de Gaulles in Dakar vom Dezember 1959, er sei bereit, auch diejenigen Staaten für eine französische Union zu akzeptieren, die für die Unabhängigkeit optierten, folgte im Januar 1960 die berühmte Rede Macmillans in Accra, wo er vom *wind of change* sprach, der durch Afrika wehe.⁵⁸ Der krisenhafte Erfahrungsumbruch seit 1945, die Erfahrung der Suezkrise und des veränderten internationalen Gewichts beider Mächte lösten nun einen regelrechten Wettlauf zwischen Großbritannien und Frankreich aus. Hatten sie 1956 in Suez noch auf ein gemeinsames Handeln gesetzt, verfolgten sie in Afrika nun je unterschiedliche Strategien.⁵⁹

5. Die Aktualität der Verflechtung: *Anglobalization* und Empire-Revisionismus als geschichtspolitische Legitimationsstrategien

Die hier allenfalls skizzierte Perspektive von Empires und Dekolonisation als einer Verflechtungsgeschichte besitzt in einer weiteren Hinsicht erhebliche Aktualität. Das verweist auf die seit einigen Jahren im angelsächsischen Raum intensiv geführte Debatte um das Erbe der Empires. Sie hat sich weniger an der französischen Diskussion orientiert, sondern sich auf die Frage der Vorbildhaftigkeit des britischen Empire für die Vereinigten Staaten konzentriert.⁶⁰ Hier zeigt sich die Verflechtung nicht als historisches, sondern als geschichtspolitisches Phänomen und im Rahmen der Deutungskontroversen um die Einordnung europäischer Empires nach

greaves, *Decolonization in Africa*, London 1988; Ch.-R. Ageron/M. Michel (Hrsg.), *L'Afrique noire française. L'heure des Indépendances*, Paris 1992, sowie D. Birmingham, *The Decolonization of Africa*, London 1995.

⁵⁸ Vgl. R. Owendale, *Macmillan and the Wind of Change in Africa, 1957-1960*, in: *Historical Journal* 38 (1995), S. 455-78, sowie R. Hyam, *Wind of Change: the Empire and Commonwealth*, in: W. Kaiser/G. Staerck (Hrsg.), *British Foreign Policy 1955-1964. Contracting Options*, London 2000, S. 190-208.

⁵⁹ Rothermund, *Delhi* (Anm. 42), S. 122 ff.; Beatrice Heuser, John Bull und Marianne. Das Auseinanderleben zweier alter Verbündeter, in: W. Heinemann/N. Wiggershaus (Hrsg.), *Das internationale Krisenjahr* (Anm. 55), S. 553-71.

⁶⁰ Vgl. J. Leonhard/U. von Hirschhausen, „New Imperialism“ oder „Liberal Empire“? Niall Fergusons Empire-Apologik im Zeichen der „Anglobalization“, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 3 (2006), S. 121-28.

dem Ende der Dekolonisation. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung zweier in kurzem Abstand erschienener Bücher von Niall Ferguson über das britische und das amerikanische Empire kann dabei nicht überraschen.⁶¹ Denn mit der Globalisierung der Wirtschaftsmärkte und Finanzströme auf der einen Seite sowie der terroristischen Dimensionen nach dem 11. September 2001 stellt sich die Frage nach den globalen Bedingungen für politische Stabilität und ökonomischen Fortschritt neu und radikaler als zuvor.

Von den kritischen Prämissen der angloamerikanischen Empire-Historiographie in der Folge der von Edward Said begründeten Postkolonialismus-Debatte unterscheiden sich beide Bücher grundlegend. Said gelang es, die den zeitgenössischen Empire-Diskurs prägenden Orientwissenschaften als Teil eines seit der Aufklärung vorherrschenden Eurozentrismus und damit als Legitimationsinstrument für die Expansion und Verdichtung politischer Herrschaft und kultureller Dominanz darzustellen.⁶² Die Rezeption von Saims Thesen hat innerhalb der Empire-Forschung den Trend von der diplomatie-, politik- und wirtschaftshistorischen Zielsetzung zu sozial- und vor allem kulturgeschichtlichen Vorgehensweisen enorm verstärkt.⁶³ Ferguson geht es dagegen gerade nicht um kulturalistische Fragen nach den komplexen Beziehungen zwischen Metropolen und

⁶¹ N. Ferguson, *Empire. How Britain Made the Modern World*, London 2003 (in den USA erschienen als: *Empire. The Rise and Demise of the British World Order and the Lessons for Global Power*, New York 2003); Ders., *Colossus. The Rise and Fall of the American Empire*, London 2004 (in den USA erschienen als: *Colossus. The Price of America's Empire*, New York 2004); dt.: *Das verlegnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht*, Berlin 2004.

⁶² Vgl. E. W. Said, *Orientalism*, London 1978; ders., *Culture and Imperialism*, London 1993; J. M. MacKenzie, *Orientalism. History, Theory, and the Arts*, Manchester 1995; J. Osterhammel, Edward W. Said und die „Orientalismus“-Debatte. Ein Rückblick, in: *Asien – Afrika – Lateinamerika* 25 (1997), S. 597–607; A. L. Macfie (Hrsg.), *Orientalism. A Reader*, Edinburgh 2000; vgl. auch C. A. Breckenridge/P. van der Veer (Hrsg.), *Orientalism and the Postcolonial Predicament. Perspectives on South Asia*, Philadelphia 1993, sowie T. Ballantine, *Orientalism and Race. Aryanism in the British Empire*, Basingstoke 2002.

⁶³ Vgl. R. B. Inden, *Imagining India*, Oxford 1990; M. Shihna, *Colonial Masculinity. The 'Manly' Englishman and the 'Effeminate' Bengali in the Late Nineteenth Century*, Manchester 1995; A. McClintock, *Imperial Leather. Race, Gender and Sexuality in the Colonial Context*, New York 1995; C. Hall (Hrsg.), *Cultures of Empire. Colonizers in Britain and the Empire in the 19th and 20th Centuries*, New York 2000; P. Anker, *Imperial Ecology. Environmental Order in the British Empire 1895–1945*, Cambridge 2001; M. Procida, *Married to the Empire. Gender, Politics and Imperialism in India 1883–1947*, Manchester 2002; P. Bose, *Organizing Empire. Individualism, Collective Agency, and India*, Durham 2003, sowie E. Buettner, *Empire Families. Britons and Late Imperial India*, Oxford 2004.

Kolonien oder um eine kritische Sicht der kulturellen Imperialismen. Er verknüpft in beiden Büchern die Geschichte des britischen Empire und seiner welthistorischen Funktionen mit der aktuellen Situation der Vereinigten Staaten. Für ihn verheißt der Blick in die Vergangenheit des britischen Empire nicht allein Aufschluss über die erste umfassende und erfolgreiche Globalisierung am Ende des 19. Jahrhunderts, sondern liefert auch eine außenpolitische Handlungsanweisung für die Gegenwart. Der Begriff des Empire wird von seinen kritischen oder negativen Konnotationen und damit von den Erfahrungen der Dekolonisation gelöst und als alternatives Handlungsmuster für die Beseitigung von politischer, sozialer und ökonomischer Ungleichheit, von Demokratiedefiziten und internationaler Instabilität entwickelt. Gareth McLean hat die Thesen Fergusons denn auch pointiert mit dem Satz zusammenfassen können: „*Empires aren't actually that bad*“.⁶⁴

Ferguson zweifelt nicht daran, dass die Globalisierung kein Schlüsselbegriff des 21. Jahrhunderts ist, sondern eine Leistung des britischen Empire, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts im Blick auf Indien und Ägypten dokumentieren lässt. Für diese Annahme einer Globalisierung vor der Globalisierung rekurriert er nicht auf die imperialismuskritische Sicht, sondern auf die besonderen Leistungen des britischen Empire: den Export der englischen Sprache und deren Entwicklung zum globalen Sprachmedium der Welt, das anglikanische Christentum, demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, kapitalistische Produktionsweise und freien Welthandel. Das Empire trug in dieser Sicht nicht zur Vertiefung, sondern zur Verringerung der Kluft zwischen den industrialisierten Staaten Europas und Nordamerikas einerseits sowie Afrikas und Asiens andererseits bei. Um 1900, so Ferguson, stand das Empire als Motor und Katalysator für eine erste erfolgreiche Globalisierung von wirtschaftlicher und handelspolitischer Dynamik, für eine neue Stufe in der Mobilität von Menschen, Kapital und Wissen sowie der transnationalen Kommunikation. Gerade der Export britischer Institutionen sei für diese Gesellschaften zum Kern ihrer späteren Entwicklung geworden. Der Export von Menschen, Kapital und Wissen katalysierte den Wandel weit über Europa hinaus. Aber nicht unproblematisch ist die Ausweitung dieser These zu einer neuen Funktionalisierung des Empire, das nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als politische und rechtliche Modernisierungsgesellschaft herangezogen, ja als Modell einer Weltregierung stilisiert wird:

“In short, what the British Empire proved is that empire is a form of international government that can work – and not just for the benefit of the ruling

⁶⁴ G. McLean, *Imperial Weight*, in: *Guardian*, 10. Januar 2003.

power. It sought to globalize not just an economic but a legal and ultimately a political system too.”⁶⁵

Die geschichtspolitische Verflechtung setzt dort an, wo Ferguson im Zeichen der *Anglobalization* das Vorbild des britischen Empire für die Politik der Vereinigten Staaten in der Gegenwart behandelt.⁶⁶ Auch hier zeigt sich noch einmal eine Verschiebung der transatlantischen Konstellation: Im Sinne einer globalen *translatio imperii* müssten die USA das Erbe des britischen Empire, seine internationale Fortschritts- und Stabilisierungsfunktion, annehmen und entsprechend handeln. Hier dient die Geschichte des britischen Empire als Kriterium und Handlungsmuster für die Gegenwart. Das Ergebnis ist eine Aufforderung an die USA, den von Rudyard Kipling einst artikulierten *White Man's Burden* ernstzunehmen und sich nicht auf einen selbstgewählten Isolationismus zurückzuziehen. Faktisch seien die USA *“an empire that lacks the drive to export its capital, its people and its culture to those backward regions which need them most urgently and which, if they are neglected, will breed the greatest threats to its security. It is an Empire, in short, that dare not speak its name. It is an empire in denial”*.⁶⁷ Auch in Großbritannien hat diese These eine kontroverse Diskussion angeregt: Während etwa Linda Colley versucht hat, die Verantwortung Großbritanniens für die späteren Leiden der ehemaligen Kolonien zu relativieren, hat vor allem Paul Gilroy gegen die Idee eines neuen nordamerikanischen Imperiums in der Tradition des britischen Empire argumentiert und als Gegenentwurf den Begriff der *conviviality* eingeführt, eine tolerante Gastfreiheit und das mögliche Nebeneinander von Ethnien in den postkolonialen Metropolen.⁶⁸

Ferguson nimmt die historischen Leistungen des britischen Empire als Maßstab für ein *Liberal Empire*, zu dem sich die Vereinigten Staaten bekennen müssten, denn weder in der Europäischen Union noch in den Vereinten Nationen und auch nicht in dem von beiden Akteuren vertretenen Multilateralismus kann er machtvollen Faktoren einer möglichen internationalen Stabilisierung erkennen.⁶⁹ Nur so könnten die USA als verbliebene

⁶⁵ Ferguson, *Empire* (Anm. 61), S. 371.

⁶⁶ Ebd., S. 379.

⁶⁷ Ebd., S. 381.

⁶⁸ Vgl. L. Colley, *Captives. The Story of Britain's Pursuit of Empire and How Its Soldiers and Civilians were held captive by the Dream of Global Supremacy, 1600–1850*, New York 2002, sowie P. Gilroy, *After Empire. Melancholia or Convivial Culture*, Oxford 2004.

⁶⁹ Ferguson, *Colossus* (Anm. 61), S. 169ff. und 227ff.; vgl. B. Greiner, *Die Welt als Wille und Vorstellung. Niall Ferguson über die Notwendigkeit eines liberalen Imperiums*, in: *DIE ZEIT*, 1. Juli 2004.

ökonomische, politische und militärische Supermacht ihrer international stabilisierenden und demokratisierenden Aufgabe in einer unübersichtlich gewordenen Welt gerecht werden. Das Leitmotiv dieser historisch informierten Kritik ist die These, dass die USA nach dem Ende siegreicher Feldzüge versagt hätten. Immer wieder seien die dann eingesetzten Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Entwicklung demokratischer Institutionen zu gering gewesen. Dem militärischen Triumph sei so immer wieder eine Phase der Enttäuschung und des Rückzugs gefolgt. Demgegenüber appelliert Ferguson an imperiale Entschlossenheit, wie er sie etwa in der Person von General MacArthur erkennt. Die geschichtspolitische Selbstversicherung, die sich hier zeigt, steht im Zeichen der Bereitschaft zur weltweiten Intervention in der britischen und amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik und des Versuchs, nach dem Vorbild des britischen Empire der Idee eines *Liberal Imperialism* eine eigene Kontur zu geben. Gegenüber dieser atlantischen *special relationship* bleibt der alternative Blick auf Kontinentaleuropa bei de Gaulles Prämisse von der bloßen Addition der Vaterländer stehen.⁷⁰ So ist auch im Erbe der verschwundenen Empires die Verflechtung zwischen britischen Erfahrungen und der amerikanischen Position der Gegenwart erkennbar.⁷¹

6. Zusammenfassung: Die Dekolonisationskrise als Auftakt zur Transformation

(1) Als Krisenanalytiker mahnte Jacob Burckhardt, der Historiker brauche zur angemessenen Urteilsbildung einen zeitlichen Abstand, um die Konsequenzen einer historischen Krise angemessen betrachten zu können.⁷² Angesichts des 1997 mit dem Übergang der ehemaligen Kronkolonie Hongkong an China abgeschlossenen Dekolonisationsprozesses und der Bedeutung der europäischen Integration für Frankreich und auch Großbritannien wird man von einem solchen Zeitraum inzwischen sprechen dürfen. Der systematisch kontrastierende Vergleich erweist vor allem, dass beide eingangs skizzierten Elemente, also die Beschleunigung sowie die Überlagerung verschiedener Krisenphänome, in den Dekolonisationsprozessen nach 1945 entscheidende Bedeutung hatten, allerdings mit jeweils charakteristischen Unterschieden. Betrachtet man das Ausmaß an Gewalt und

⁷⁰ Ferguson, *Colossus* (Anm. 61), S. 256 f.

⁷¹ Vgl. auch W. H. Morris-Jones/G. Fischer, *Decolonisation and After*, London 1980, sowie W. J. Mommsen/J. Osterhammel (Hrsg.), *Imperialism and After. Continuities and Discontinuities*, London 1986.

⁷² Vgl. Burckhardt, *Studium* (Anm. 2), S. 342-76.

vor allem die Umbruchgeschwindigkeit nach der Entlassung Indiens in die Unabhängigkeit 1947 sowie die Dekolonisationsschübe seit Mitte der 1950er Jahre, mit denen britische und französische Zeitgenossen noch am Ende der 1940er Jahre keinesfalls hatten rechnen können, so wird an der Krisenhaftigkeit der Dekolonisation in historischer Perspektive nicht zu zweifeln sein. Dabei stellten die Entlassung Indiens in die Unabhängigkeit 1947, der französische Indochinakrieg bis 1954, die Suezkrise 1956 sowie schließlich die Zuspitzung des Algerienkonflikts 1958 die wohl wichtigsten Initialereignisse dar, die den Dekolonisationsprozess von Asien ausgehend auch auf Afrika übergreifen ließen.

(2) Weit stärker als im britischen Fall erklärt die Überlagerung besonderer Krisenphänomene im Falle Frankreichs den besonderen Charakter der Dekolonisation und ihre Rückwirkungen auf Staat und Gesellschaft Frankreichs. In Indochina ging es um die Verteidigung des überkommenen Großmachtstatus nicht zuletzt zur Kompensation der traumatischen Erfahrungen zwischen 1940 und 1944. Das überlagerte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit der Konstellation des Kalten Krieges. Dadurch wurde der Konflikt zugleich internationalisiert und prolongiert. Während der Indochinakrieg mit Kolonialtruppen geführt wurde, kamen im Algerienkrieg französische Wehrpflichtige zum Einsatz. Damit rückte dieser Konflikt unmittelbar in das Zentrum der französischen Gesellschaft. In Algerien überlagerte sich zudem die latente innenpolitische Systemkrise der Vierten Republik mit der Herausforderung der Dekolonisation eines Landes, das für die französischen Zeitgenossen unmittelbar mit dem Selbstverständnis Frankreichs als souveräner Nationalstaat und Siegermacht des Weltkriegs verbunden war. Hinzu trat die Bürgerkriegskonstellation innerhalb Algeriens. Der Konflikt war aber nicht Ursache des Untergangs der Vierten Republik, sondern eher Anlass und Katalysator. Dennoch zeigte sich hier eine Überlagerung von Innenpolitik und Dekolonisationsproblematik, für die es im überseeischen Empire Großbritanniens zumindest nach 1945 keine vergleichbare Konstellation gab.

(3) Wo es allerdings im britischen Fall zu einer Überlagerung von Home-Rule-Problematik und britischer Innenpolitik kam und die Separierung zwischen äußerer Kolonial- und innerer Politik versagte, dort war auch die Gewalthaftigkeit besonders stark ausgeprägt, wie die blutigen Konflikte um Irland vor 1922 und bis heute zeigen.⁷³ Im britischen Falle wird man daher im Gegensatz zu einer *whig historiography* der Dekolonisation als von vornherein geplanter und erfolgreich durchgeführter Krisenstrategie von einer in vieler Hinsicht überstürzten und improvisierten Politik nach

⁷³ Vgl. A. Gregory, *Peculiarities of the English? War, Violence and Politics: 1900–1939*, in: *Journal of Modern European History* 1/1 (2003), S. 44–59, hier: S. 52 ff.

1945 sprechen müssen. Die Beurteilung der Krisen- und Gewalthaftigkeit dieser Prozesse hängt dabei entscheidend von der Perspektive ab: In vielen Fällen wie vor allem in Indien zogen die Briten früh genug ab, um nicht zu Verwaltern blutiger Konflikte werden zu müssen. Im Falle Indiens kam es nach der Unabhängigkeit zur Abspaltung Pakistans und zu gewaltsamen ethno-religiösen Konflikten, die bis heute andauern und die Instabilität der Region bestimmen. Auch in anderen Fällen, so im Vorgehen gegen die kommunistischen Guerillas in Malaya und in der Unterdrückung des Mau-Mau-Aufstandes der Kikuyu in Kenia, kann von einer gewaltlosen und krisenfreien Dekolonisationspolitik Großbritanniens keine Rede sein.⁷⁴ In dieser Perspektive wird man die Unterschiede zwischen Frankreich und Großbritannien nicht überspitzen dürfen.

(4) Nirgendwo wurde die Überlagerung von Innenpolitik und Internationalem System, sowie die Verquickung von Macht- und Symbolpolitik so sichtbar wie in der Krise der Vierten Französischen Republik von 1958 und im Phänomen Charles de Gaulles.⁷⁵ Seine Antwort auf die spezifische Krisenkonstellation im Sommer 1958 bediente sich einer Strategie, die zwar einzelne bonapartistische Faktoren enthielt – die Wendung gegen die Legislative, der allerdings fragile Rückhalt des Militärs, der Rückgriff auf plebiszitäre Elemente – ohne doch ein Ausdruck des Bonapartismus zu sein.⁷⁶ Auch auf dem Höhepunkt der Krise zeigte de Gaulle keine Bereitschaft zu einem Staatsstreich, sondern bekannte sich zu den republikanischen Werten als Grundlage Frankreichs. De Gaulle vermochte als charismatischer Politiker und Offizier die militärischen Eliten weitgehend in diesen Prozess zu integrieren, auch wenn seine Dekolonisationspolitik gegenüber Algerien mittelfristig zur Abspaltung eines Teils des kolonialen Offizierskorps führte, der auch vor Terror nicht zurückschreckte.⁷⁷ Zu dieser Konstellation einer Spannung zwischen ziviler und militärischer Füh-

⁷⁴ Vgl. C. G. Rossberg Jr./J. Nottingham, *The Myth of Mau Mau. Nationalism in Kenya*, New York 1966, sowie A. J. Stockwell, *British Imperial Policy and Decolonization in Malaya, 1942-52*, in: *Journal of Imperial and Commonwealth History* 13 (1984), S. 68-87.

⁷⁵ Vgl. J. Jackson, *Charles de Gaulle*, London 1990; J. Lacouture, *De Gaulle: The Ruler*, London 1991; A. Shennan, *De Gaulle*, London 1993; M. Agulhon, *Ist de Gaulle in die nationale Mythologie eingegangen?*, in: Y. Bizeul (Hrsg.), *Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen*, Berlin 2000, S. 213-18, sowie E. Weisenfeld, *Charles de Gaulle - der Umgang mit der eigenen Legende*, in: W. Nippel (Hrsg.), *Virtuosen der Macht. Herrschaft und Charisma von Perikles bis Mao*, München 2000, S. 207-22.

⁷⁶ Vgl. R. Gildea, *The Past in French History*, New Haven 1994, S. 62-111.

⁷⁷ Vgl. O. Dard, *L'armée française face à l'Organisation Armée Secrète (O.A.S.)*, in: O. Forcade/É. Duhamel/Ph. Vial (Hrsg.), *Militaires en république 1870-1962*, Paris 1999, S. 687-99.

rung gab es in Großbritannien kein Pendant. Der Erfolg de Gaulles lässt sich mit Burckhardt in gewisser Weise als ein *Abschneiden*, ein Ablenken und Kanalisieren der unmittelbaren Krise deuten,⁷⁸ vor allem durch sein persönliches Auftreten in Algerien in den kritischen Wochen im Sommer 1958 und die Versicherung der politischen Unterstützung der wichtigsten politischen Kräfte in Paris. De Gaulle vermochte ein durch die Krise und die Paralyse der politischen Organe der Vierten Republik entstandenes Machtvakuum durch eine charismatische Politikstrategie erfolgreich zu füllen und damit Zeit für den Dekolonisationsprozess zu gewinnen.⁷⁹

(5) Im Gegensatz zu Großbritannien führten die Krisenereignisse der 1950er Jahre von der Niederlage in Indochina über die Suez-Krise bis zum Konflikt in Algerien und dem damit einhergehenden Ende der Vierten Republik zu einer raschen und fundamentalen Neuausrichtung Frankreichs hinsichtlich seiner außenpolitischen Determinanten. Flankiert und kompensiert von einer rhetorischen Aufwertung im Zeichen der *grandeur* und symbolpolitischen Akten wie der Entwicklung einer eigenen Atomwaffe, führte das Ende des politischen Großmachtstatus und der krisenhafte Dekolonisationsprozess zu einer Umorientierung, die sich langfristig vor allem in einer forcierten Europapolitik äußerte. Allerdings bedeutete dies zu Beginn der 1960er Jahre keinesfalls eine supranationale Integration mit dem Ziel einer politischen Union, welche die Übertragung von Souveränitätsrechten bedeutet hätte, sondern reflektierte das Konzept von de Gaulles *Europe des patries*. Zur realpolitischen Orientierung de Gaulles und der Einsicht in die durch die Dekolonisation veränderten Gegebenheiten des außenpolitischen Handlungsspielraums Frankreichs gehörte die Konzentration auf Europa als politischen Raum, um die beherrschende kontinentaleuropäische Position Frankreichs und seinen Anspruch als mittlere Weltmacht zu konturieren.⁸⁰ Dem diente nicht allein die bilaterale Strategie gegenüber der Bundesrepublik, sondern auch das zweimalige Veto, mit dem er in den 1960er Jahren den Versuchen Großbritanniens begeg-

⁷⁸ Vgl. Burckhardt, Studium (Anm. 2), S. 349f.

⁷⁹ Vgl. J. Charlot, *The Gaullist Phenomenon*, London 1971; A. Hartley, *Gaullism. The Rise and Fall of a Political Movement*, London 1972; Ph. M. Williams/M. Harrison, *Politics and Society in De Gaulle's Republic*, London 1971; Ph. M. Williams, *De Gaulle's Republic*, London 1979, sowie S. Berstein, *The Republic of de Gaulle*, London 1993.

⁸⁰ Vgl. H. J. Axt, *Frankreich in der Europäischen Union*, in: Christadler/Uterwedde, *Länderbericht Frankreich* (Anm. 5), S. 465-83, sowie Maurice Vaïsse, *La politique européenne de la France en 1965: pourquoi "la chaise vide"?*, in: W. Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises: The European Project 1963-1969*, Baden-Baden 2001, S. 193-214.

nete, Mitglied der EWG zu werden.⁸¹ Andererseits gehörte dazu auch eine vom Gedanken der nationalen Souveränität geleitete Politik Frankreichs, so vor allem in der sicherheitspolitischen Entscheidung, sich von den militärischen Strukturen der NATO zurückzuziehen und mit der *Force de frappe* eine eigene Nuklearwaffe zu entwickeln. Die ersten politischen Entscheidungen dazu waren bereits 1954 gefallen, also im unmittelbaren Kontext der Indochina-Krise.⁸² Die *Force de frappe* war keineswegs de Gaulles Erfindung, ihre politische Begründung verwies auf den krisenhaften Dekolonisationsprozess der 1950er Jahre und die Suche nach neuen Instrumenten, um den internationalen Anspruch Frankreichs zu legitimieren. Dies wandte sich vor allem gegen den sicherheitspolitischen Anspruch der Vereinigten Staaten und zielte auf eine weltpolitische Sonderposition Frankreichs mit dem Recht der Mitsprache in wichtigen Entscheidungen.⁸³

(6) Die Krisenerfahrung der Dekolonisation war für Frankreich wie für Großbritannien untrennbar mit einer transatlantischen Verflechtung und dem Wandel transatlantischer Konstellationen verbunden. Sie hatte sich bereits nach dem Ende des Ersten Weltkriegs angedeutet, dann aber nach der Umbruchserfahrung des Zweiten Weltkriegs und angesichts der Konfliktkonstellation des Kalten Krieges dynamisiert. Die Vereinigten Staaten

⁸¹ Vgl. J. Dülffer, Von der Vierten zur Fünften Republik. De Gaulle und die französische Außenpolitik 1958–1960, in: *Francia* 24/3 (1997), S. 183–86; U. Lappenküper, Neue Quellen und Forschungen zu den deutsch-französischen Beziehungen zwischen „Erbfeindschaft“ und „Entente Élémentaire“ (1944–1963) und ihren internationalen Rahmenbedingungen, in: *Francia* 24/3 (1997), S. 133–51; W. Loth, Jean Monnet, Charles de Gaulle und das Projekt der Politischen Union (1958–1993), in: A. Wilkens (Hrsg.), *Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1999, S. 253–67, sowie S. Schirmann, Charles de Gaulle und sein Europa, in: H. Duchhardt (Hrsg.), *Europäer des 20. Jahrhunderts. Wegbereiter und Gründer des „modernen“ Europa*, Mainz 2002, S. 165–80; vgl. zur britischen Position K. Steinnes, The European Challenge: Britain's EEC Application of 1961, in: *Contemporary European History* 7/1 (1998), S. 61–79, sowie W. Kaiser, From Laggard to Leader? The United Kingdom's 1961 Decision to Apply for EEC Membership, in: A. Deighton (Hrsg.), *Widening, Deepening, and Acceleration: The European Economic Community 1957–1963*, Baden-Baden 1999, S. 257–69.

⁸² Vgl. B. Bagnato, Une solidarité ambiguë: L'OTAN, la France et la guerre d'Algérie (1954–1958), in: *Revue d'histoire diplomatique* 115/4 (2001), S. 329–5; G. H. Soutou, La France et la défense européenne du traité d'Elysée au retrait de l'OTAN (1963–1966), in: W. Loth, *Crises and Compromises* (Anm. 80), S. 21–46.

⁸³ Vgl. Ph. G. Cerny, *The Politics of Grandeur. Ideological Aspects of De Gaulle's Foreign Policy*, Cambridge 1980, sowie R. O. Paxton/N. Wahl (Hrsg.), *De Gaulle and the United States. A Centennial Reappraisal*, Oxford 1994, sowie R. Challenger, Dulles and de Gaulle, in: ebd., S. 143–68.

und in gewissem Maße auch die Vereinten Nationen wurden die überkommenen Großmachtsprüche Frankreichs und Großbritanniens traf. Sowohl die britische Orientierung an der *special relationship* mit den Vereinigten Staaten als auch die Anlehnung der Vierten Republik an die USA, bei der sich kolonial- und innenpolitische Motive überlagerten, gerieten im Verlauf der 1950er Jahre in eine Krise, die mit dem Suez-Konflikt 1956 kulminierte. Von hier aus wurden vielfältige Neuorientierungen katalysiert. Langfristig wurden in Großbritannien wie in Frankreich sowohl die europapolitischen Prämissen als auch innen- und gesellschaftspolitische Prozesse, vor allem der Umgang mit ethnischen Minderheiten, vom Erbe der Empires und den Erfahrungen der Dekolonisation geprägt.⁸⁴ Aber auch hier zeigen sich wesentliche Unterschiede: Im Gegensatz zur Neuorientierung Frankreichs unter de Gaulle, der außenpolitisch das Konzept der *grandeur* mit dem Anspruch einer mittleren Weltmacht und innenpolitisch *participation* und staatlich forcierte technologische Modernisierung entsprachen, blieben die politischen Folgen der britischen Dekolonisation zunächst begrenzter. Eine abrupte Neuorientierung unterblieb und trägt mit zur Beantwortung der Frage bei, warum sich die Annäherung Großbritanniens an die Europäische Gemeinschaft zögerlich und verspätet vollzog. Der vom krisenhaften Dekolonisationsprozess und der Krise der Vierten Republik in Frankreich ausgehende Veränderungsdruck war in Großbritannien in dieser Form und als politischer Katalysator deutlich weniger stark ausgeprägt. Langfristig allerdings eröffnete auch für Großbritannien der Abschied vom Empire einen eigenen Weg nach Europa, der von einer skeptischen Position gegenüber dem Ausmaß der Übertragung von Souveränitätsrechten im Rahmen der europäischen Integration geprägt blieb.⁸⁵ Auch die anhaltende Diskussion

⁸⁴ Vgl. Wurm, Integrationspolitik (Anm. 13), passim; I. Sturm-Martin, Zuwanderungspolitik in Großbritannien und Frankreich. Ein historischer Vergleich 1945–1962, Frankfurt a. M. 2001; Dies./K. Schönwälder, Offenheit und Abgrenzung: Großbritanniens Umgang mit Einwanderung und Minderheiten, in: Dies. (Hrsg.), Die britische Gesellschaft zwischen Offenheit und Abgrenzung. Einwanderung und Integration vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Berlin 2001, S. 9–16; I. Sturm-Martin, Liberale Tradition und internationales Image: Regierungspolitik in der Dekolonisationsphase, in: ebd., S. 112–32, sowie P. Krüger, Das unberechenbare Europa. Epochen des Integrationsprozesses vom späten 18. Jahrhundert bis zur Europäischen Union, Stuttgart 2006, S. 276–302.

⁸⁵ Vgl. W. Kaiser, The Political Reform Debate in Britain since 1945: the European Dimension, in: Contemporary British History 12/1 (1998), S. 48–76; C. A. Wurm, Britain and European Integration, in: CHE 7/2 (1998), S. 249–61; W. Kaiser, Using Europe, Abusing the Europeans. Britain and European Integration 1945–1963, London 1999; Ders., Neutral, nicht neutral, auch egal: Großbritannien, die Neutralen und die europäische Integration 1945–1972, in: M. Gehrer

über das Erbe des britischen Empire unterstreicht eine eigene Verflechtungsdimension, die jenseits der außen- und sicherheitspolitischen Aspekte der *special relationship* zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten eine geschichtspolitische Bedeutung gewinnt. Damit bleibt das Erbe des britischen Empire weit über das Ende der Dekolonisationsphase hinaus ein kontroverser Orientierungspunkt für die Formulierung von Erwartungen an das amerikanische Empire im 21. Jahrhundert.

Im beschleunigten Dekolonisationsprozess nach 1945 lassen sich mit hin zwei Tendenzen erkennen: einerseits die Steigerung und Beschleunigung einer krisenhaften Erschütterung in Status, Handlungsrahmen und Instrumentarium der überkommenen Großmächte Frankreich und Großbritannien, andererseits der Beginn einer langfristigen und umfassenden Neuausrichtung, die sich in Frankreich und Großbritannien mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und mit unterschiedlichen Zielen abzeichnete. Für beide Länder markierte die Dekolonisation als Krisenphänomen das Ende einer historischen Epoche, die auf das lange 19. Jahrhundert und die Dominanz des nationalstaatlichen Souveränitätsbegriffes verwies, und zugleich den Auftakt zu einer Neuorientierung, für welche die europäische Integration und der Wandel der transatlantischen Konstellation die entscheidenden Determinanten waren.

(Hrsg.), Die Neutralen und die europäische Integration 1945–1995, Köln 2000, S. 44–60; A. Briggs, Britain and Europe after 1945, in: Birke/Brechtken/Searle (Hrsg.), Dialogue (Anm 5), S. 243–55; C. A. Wurm, Britain and West European Integration, 1948–1949 to 1955: Politics and Economics, in: J. Noakes/P. Wende/J. Wright (Hrsg.), Britain and Germany in Europe 1949–2000, Oxford 2002, S. 27–48; O. J. Daddow, Britain and Europe since 1945. Historiographical Perspectives on Integration, Manchester 2004.